

13.10.2004 - 08:56 Uhr

Fehlende Lehrstellen, wachsende Jugendarbeitslosigkeit

Bern (ots) -

Angesichts der dramatischen Lage - diesen Freitag werden die neuesten (immer noch leicht beschönigten) Zahlen des Lehrstellenbarometers bekannt gegeben fordert der SGB unverzüglich einen Pakt für die Beschäftigung, sowohl der Schul- wie der LehrabgängerInnen. Der folgende Beitrag benennt und begründet Massnahmen.

Jetzt endlich einen Pakt für die Beschäftigung der Jungen

Übersicht

Immer frühere, harte, oftmals demütigende Lehrstellensuche. Wenig zielgerichtete 10. Schuljahre oder andere Brückenangebote. Eine häufig nicht wunschgemäss verlaufende Lehre. Seit Jahren real sinkende Lehrlingslöhne. Nach dem erfolgreichen Lehrabschluss erste Arbeitslosigkeit. Und der ausgehöhlt Jugendschutz führt zu mehr Nacht- und Sonntagsarbeit für Jugendliche. Kurz: eine wachsende Zahl Jugendlicher wird ausgegrenzt. So kann es nicht weitergehen. Sonst wird ein grosser Teil einer ganzen Generation der Frustration beruflicher Perspektivenlosigkeit ausgesetzt. Der soziale Absturz mit den bekannten Folgen würde unvermeidlich. Die Aufwertung der beruflichen Bildung gegenüber der Allgemeinbildung mit dem neuen Berufsbildungsgesetz, der Berufsmatur und den neuen Fachhochschulen fände ein rasches Ende. Jetzt braucht es mehr als das Warten auf den Aufschwung, mehr als bundesrätliche und kantonale Appelle an die Wirtschaft, mehr als die bereits dank des politischen Drucks der Gewerkschaften und der Jugendverbände (Lehrstellen-Initiative, lipa) ergriffenen Massnahmen im Rahmen der TaskForce Lehrstellen 2003. Wir brauchen sofort einen Pakt für die wachsende Zahl der Schulabgänger/innen, insbesondere dort, wo die dualen Ausbildungsangebote fehlen, in den grösseren Städten:

- Die fehlenden betrieblichen Angebote müssen mit zehn Prozent mehr vollschulischen Angeboten für zukunftsweisende Berufe (Handels- und Fachmittelschulen, öffentliche Lehrwerkstätten mit Angeboten auch für sozial Schwächere) kompensiert werden. - Lehren mit degressiven Schulanteilen (Basislehrjahr mit anschliessender beruflicher Praxis) sind besonders zu fördern. - Die Brückenangebote (10. Schuljahre usw.) brauchen einen klaren Bildungsauftrag; sie müssen überall gratis sein. - Für die sozial Schwächeren muss die Attest-Ausbildung (die aufgewertete Anlehre) vermehrt angeboten werden. - Branchenfonds sollen die Kosten der ausbildenden Betriebe auf alle Branchenteilnehmer verteilen. Einen Pakt für die Beschäftigung braucht es sofort auch für die arbeitslosen Lehrabgänger/innen:
- Weiterbeschäftigung der Ausgelernten im Lehrbetrieb während eines Jahres, sofern dies nicht zu Lasten der beruflichen Grundbildung geschieht. - Die in der beruflichen Grundbildung nicht aktiven Betriebe, die grosse Mehrheit, übernehmen die Lehrabgänger/innen während eines Jahres zu einem Teilzeitpensum von 3 bis 4 Tagen die Woche zum branchenüblichen Grundlohn. Für die verbleibenden 1 bis 2 Wochentage werden im Rahmen eines Paktes für die Beschäftigung der Jungen Weiterbildungsprogramme zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit angeboten. Finanziert wird diese Weiterbildung über den Pilotartikel der Arbeitslosenversicherung und, wo nötig und möglich, aus den paritätisch verwalteten Bildungsfonds. Damit erhalten die Jungen die fehlende berufliche Erfahrung und die erste vertiefende Weiterbildung. Die Betriebe müssen angesichts der immer noch unsicheren Konjunkturaussichten nicht für einen vollen Lohn aufkommen.

Begründung

Die zwei entscheidenden Schnittstellen im Leben der Jugendlichen

Die seco-Arbeitsmarktstatistik der 15- bis 24jährigen (Volkswirtschaft 10/04), die Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau und Zug (AMOSA-Situationsanalyse 04) und die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (Sake) des Bundesamtes für Statistik (BFS) unterstreichen, dass die Jugendarbeitslosigkeit trotz anziehender

Konjunktur ein gravierendes und anhaltendes Phänomen ist. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt ein Viertel höher als die durchschnittliche Arbeitslosigkeit mit steigender Tendenz. Für das 2. Quartal 2003 waren nach Sake-BFS 51'000 Jugendliche erwerbslos. Gemäss seco meldeten sich aber in diesem Zeitraum bei der Regionalen Arbeitsvermittlung (RAV) nur etwa die Hälfte (23'000 Jugendliche) als arbeitslos.

Sowohl für das Verständnis der Entwicklung als auch für das Ergreifen von Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit ist es sinnvoll, die Jugendlichen nach zwei Altersgruppen gesondert zu betrachten. Es handelt sich zum ersten um die 15- bis 19jährigen (in der Regel Übergang von der Sekundarstufe I auf die Sekundarstufe II) und zweitens um die 20- bis 24jährigen (Übergang vom Bildungssystem ins Beschäftigungssystem, grossmehrheitlich mit Lehrabschluss auf Arbeitssuche). Es braucht Massnahmen für beide Altersgruppen.

1. Schnittstelle:

Übergang Sekundarstufe I ins weiterführende Bildungssystem, Sekundarstufe II

Lehrstellenmarkt spielt zugunsten der Auszubildner und zu Lasten der Auszubildenden

Obwohl aufgrund des öffentlichen Druckes die von Bund, Kantonen und Wirtschaft ergriffenen Massnahmen in den letzten Jahren eine Zunahme des Lehrstellenangebotes bewirkten, spielt der Lehrstellenmarkt nicht. Er wird aufgrund der heute bekannten demografischen Entwicklung auch in den nächsten vier Jahren mit Bestimmtheit nicht spielen. Das Bundesamt für Statistik rechnet mit einer Zunahme der Lernenden in der Sekundarstufe II bis 2008. Allein für die Berufsbildung geht das BFS von einer jährlichen Steigerung von 5 bis 11 Prozent aus. In den nächsten vier Jahren müssten demnach nur zur Aufrechterhaltung des unerfreulichen Status quo jährlich mehrere Tausend neue Ausbildungsplätze im dualen Berufsbildungssystem geschaffen werden.

Für einen funktionierenden Lehrstellenmarkt braucht es ein Angebot, das die Nachfrage um 12 bis 20 Prozent übersteigt. Davon können die Auszubildenden heute nur träumen. Der nachhaltige Nachfrageüberhang hat auch zur realen Senkung der durchschnittlichen Lehrlingslöhne geführt (Kosten und Nutzen der Lehrlingsausbildung 2003). Einige Auszubildende wollen diese unhaltbare Situation sogar mit dem Verkauf von Lehrstellen ausnützen (50'000 Franken für eine Informatiklehrstelle).

Viele Betriebe nutzten die schwierige Lage für zahlreiche Jugendliche aus, um eine verschärfte Selektion über eigene Testverfahren durchzusetzen. Sie stellen damit die Bedeutung der abgeschlossenen Volksschule in Frage.

Die Arbeitsbedingungen für die Auszubildenden verschlechtern sich in einigen Branchen weiter. Das seco hat bereits einige Globalbewilligungen für die Ausweitung der Nacht- und Sonntagsarbeit bewilligt. Der Bundesrat will demnächst das Jugendschutzalter generell von 19 auf 18 Jahre senken.

Lehrstellenbarometer und Lehrvertragsstatistik malen zu rosig

Am 15. Oktober 2004 wird wiederum das Lehrstellenbarometer veröffentlicht. Aufgrund der bereits veröffentlichten Zahlen aus Zürich und Basel dürfte es unsere Einschätzung im allgemeinen bestätigen. Das Lehrstellenbarometer und die Lehrvertragsstatistik färben allerdings die wirkliche Lage für die Auszubildenden zu rosig.

Der bisher einzige objektive Indikator zur Beobachtung des Lehrstellenmarktes, die Lehrstellenstatistik des BFS, muss heute ebenfalls mit einigen Fragezeichen gelesen werden. Das überall zu beobachtende Wachstum der Lehrstellenwechsler/innen ein Phänomen, das auch mit dem Lehrstellenmangel verknüpft ist kann mit dem

heutigen Instrument nicht erfasst werden. Wer im Laufe der beruflichen Grundbildung zwei Lehrverträge abschliesst, wird in der BFS-Lehrvertragsstatistik doppelt gezählt. Dieser statistische Mangel wurde in der TaskForce Lehrstellen 2003 erkannt. Eine neue Erhebungsmethode wird vorbereitet. Bis es soweit ist, müssen die BFS- Zahlen leicht nach unten korrigiert werden.

Brückenangebote brauchen Bildungsauftrag

Aufgrund des Lehrstellenmarktversagens wurden regional und kantonal unterschiedliche Initiativen im Bereich der Brückenangebote aus dem Boden gestampft. Das Nationale Forschungsprogramm 43 Bildung und Beschäftigung sowie die an PISA anknüpfende Studie Transition von der Erstausbildung ins Erwerbsleben (TREE) kommen zum Schluss, dass heute bereits rund ein Viertel der Schulabgänger/innen sich in der instabilen Zone des Übergangs aufhalten muss. Diese grösstenteils kantonal und kommunal, teilweise aber auch privat finanzierten Zwischenlösungen wurden als kurzfristige Notlösung gegen eine noch grössere Jugendarbeitslosigkeit entwickelt. Sie untergraben aber langfristig die Bildungsgerechtigkeit und führen zu zeitraubenden Umwegen, ohne dass ein harmonisierender und zielgerichteter Bildungsauftrag ersichtlich wird.

Marktversagen der Staat muss handeln

Mit der Lehrstelleninitiative, lipa, wollten die Jugendverbände und der SGB dem Lehrstellenmarkt neue Impulse verleihen und neue duale Angebote schaffen. Bundesrat, Parlament und Wirtschaft versprochen, die Probleme ohne lipa selbst zu lösen. Die grosse Mehrheit der Stimmenden glaubte ihnen. Seither gab es in der Wirtschaft gemessen an den Bedürfnissen nur geringe Verbesserungen, die der gestiegenen Nachfrage nicht gerecht werden. Der Staat musste mit den Brückenangeboten kurzfristig einspringen. Weil die Versprechen nicht eingehalten wurden, sind nun vermehrt öffentlich finanzierte Berufsbildungsangebote mit einem klaren Bildungsauftrag anzubieten. Diese Angebote müssen auch die sozial Benachteiligten integrieren. Die Bildungsökonomien, die im Auftrag des BBT Kosten und Nutzen der Lehrlingsausbildung aus der Sicht der Schweizer Betriebe erforscht haben, kommen zum gleichen Schluss: Der Staat könnte antizyklisch vollschulische Ausbildungen anbieten, zum Beispiel Basislehrjahre. Diese müssten allgemeine Kompetenzen vermitteln, so dass sich die Absolvent/innen nach der Krise auf einen Beruf spezialisieren können, der vom Markt nachgefragt wird (Jürg Schweri, BUND 28.1.04).

Das Argument, dass vollschulische Angebote nicht arbeitsmarktgerecht ausbilden, ist mit der jüngsten Entwicklung ebenfalls entkräftet: Die Jugendarbeitslosigkeit ist in der deutschen Schweiz trotz sehr hohem Anteil an dualen, marktnahen Ausbildungen fast ebenso hoch wie in der französischsprachigen Schweiz, die einen viel höheren Anteil an vollschulischen Angeboten kennt.

Die Neuerungen im Berufsbildungsgesetz sofort umsetzen

Mit dem neuen Berufsbildungsgesetz wurde die quantitativ nie bedeutende Anlehre von der Attest-Ausbildung für sozial Benachteiligte abgelöst. Dieses neue, nach oben durchlässige Berufsbildungsgefäss muss jetzt von der Wirtschaft umgesetzt werden.

Viele Berufsverbände möchten von der Möglichkeit der Schaffung von allgemein verbindlichen Berufsbildungsfonds in den Branchen Gebrauch machen. Dieses Instrument muss nun unbürokratisch rasch eingeführt werden.

Jugendschutz muss bleiben

Die zuständigen Behörden (seco) sind den Betrieben mit Globalbewilligungen für Nacht- und Sonntagsarbeit auch für Auszubildende weit entgegengekommen, in der Hoffnung, dass mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt würden. Dies geschieht aber nicht. Der Bundesrat darf dem Druck der Wirtschaft zu Lasten der

Jungen nicht nachgeben.

2. Schnittstelle:

Übergang vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem

Ausgelernte werden ein Jahr weiterbeschäftigt

Die Jugendarbeitslosigkeit an dieser Schnittstelle entwickelt sich entlang der Konjunktur. Allerdings sind die 20- bis 24jährigen weit überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Prognosen für den konjunkturellen Aufschwung sind umstritten. Die Hoffnung, dass die Jungen mit dem Aufschwung automatisch ins Beschäftigungssystem gelangen können, ist selbst beim seco gering.

Die Vorschläge von AMOSA sind umzusetzen, reichen aber bei weitem nicht.

Die Forderung nach einer Weiterbeschäftigung der Ausgelernten im Lehrbetrieb während mindestens eines Jahres ist zentral. Zu beachten ist allerdings, dass dies nicht zu Lasten der 15- bis 19jährigen geschehen darf. Die AMOSA-Studie kann so gelesen werden, dass es wichtiger sei, jetzt Ausgelernte anstelle von Lehrlingen einzustellen, weil für die Schulabgänger/innen schon Möglichkeiten vorhanden seien. Es wäre aber verfehlt, diese beiden höchst sensiblen Altersgruppen gegeneinander auszuspielen. Geschähe dies aber trotzdem im grösseren Ausmass, wären unsere Forderungen nach erweiterten schulischen Angeboten mit klarem Bildungsauftrag in der ersten Schnittstelle umso wichtiger.

Damit das Herumreichen des Schwarzen Peters vermieden wird, sind jene Betriebe, die sich nicht an der beruflichen Grundbildung beteiligen die grosse Mehrheit -, stärker herausgefordert, junge Ausgelernte einzustellen, als die in der beruflichen Grundbildung aktiven Betriebe.

Damit dies in einer konjunkturell noch unklaren Lage leichter geschieht, soll die Arbeitslosenversicherung mit ihrer Möglichkeit des Pilotartikels Finanzierungen von Weiterbildungen übernehmen.

Pakt der Sozialpartner für die Jugendbeschäftigung

In vielen Branchen sind paritätisch verwaltete, oft gut dotierte Bildungsfonds eingerichtet. Die Branchenverbände müssen deshalb nach praktikablen Modellen suchen, mit denen möglichst viele junge Arbeitslose sowohl den Weg ins Beschäftigungs- als auch ins Weiterbildungssystem finden. Die Branchenvertretungen der SGB-Verbände werden deshalb in den nächsten Wochen entsprechende Vorschläge einbringen.

Auskunft: Peter Sigerist, Zentralsekretär Ressort Bildung, Fix 031 377 01 23; Mob 079 404 56 85

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100480750> abgerufen werden.